



Wiesbaden, 02. August 2011

Jugendmedienschutz

Karin Wolff: „Es ist begrüßenswert, dass nun endlich auch die SPD das Thema Medienkompetenz entdeckt hat“ -

„Mit der vorgeschlagen Gründung neuer Ausschüsse, der Umverteilung von Kompetenzen und Finanzmittel wird die Medienkompetenz nicht erhöht“

„Es ist begrüßenswert, dass nun endlich auch die SPD das Thema Medienkompetenz entdeckt hat. Gesetzgeberische Maßnahmen alleine, insbesondere wenn sie nur deklaratorischen Wert haben, bewirken jedoch keine Verbesserung der Medienkompetenz. Der vorgelegte Gesetzentwurf bleibt daher im Ansatz stecken. Medienkompetenz kann nicht allein durch den Gesetzgeber verbessert werden. Hier sind alle Beteiligten gefordert. Die Kompetenz der Landesmedienanstalt ist unbestritten und insbesondere ihre Arbeit mit Multiplikatoren ist besonders zu würdigen. Es ist jedoch widersinnig, Mittel die dem Hessischen Rundfunk zur Förderung der Medienkompetenz zur Verfügung stehen, nun einfach nur umzuverteilen. Bei der Mittelverteilung darf der Hessische Rundfunk nicht gegen die Landesmedienanstalt ausgespielt werden. Keiner der Akteure, die in Hessen für die Förderung von Medienkompetenz verantwortlich sind, darf aus der Pflicht genommen werden“, so die Medienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Karin Wolff, anlässlich des Gesetzentwurfes der SPD-Fraktion zur Förderung der Medienkompetenz.

„Selbstverständlich kommt auch dem schulischen Bereich hier eine wichtige Funktion zu. Der Erwerb von Medienkompetenz gehört aber schon seit vielen Jahren zum festen Bestandteil im Unterricht und wurde von der Landesregierung als Querschnittsaufgabe in den Lehrplänen verankert. Der Gesetzentwurf schlägt somit eine Änderung im Hessischen Schulgesetz vor, obwohl die Vermittlung der Medienkompetenz schon lange gesetzlich normiert ist. Es ist darüber hinaus nicht hilfreich, wenn durch die Einrichtung neuer Ausschüsse und die Vergrößerung von Gremien einerseits mehr Bürokratie geschaffen wird und zugleich bestehende und vorbildliche Aktivitäten bei Ministerien und der Staatskanzlei abgebaut werden sollen“, so die CDU-Politikerin.

„Der Jugendmedienschutz ist darüber hinaus auch eine wichtige Aufgabe der Unternehmen, die Produkte mit gefährlichen Inhalten auf den Markt bringen. Es ist daher wichtig, dass bereits im Herstellungsprozess eng mit den Aufsichtsstellen kooperiert wird und die Altersbeschränkungen beachtet werden. Die Selbstverpflichtung der Industrie und die freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft sind für einen wirksamen Jugendmedienschutz unverzichtbar“, sagte Wolff. Darüber hinaus verweist sie auf die Bundesratsinitiative der Landesregierung zum Schutz in sozialen Netzwerken, die einen wichtigen Beitrag zum Datenschutz von Kindern und Jugendlichen sei.

